

29.07.2005

Daniela Dahn

Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen

AUS DEM DENKKÄFIG AUSBRECHEN

Für eine Wirtschaftsordnung, die jedem seine Würde lässt - ein Plädoyer auf dem Erfurter Sozialforum

Am Wochenende schloss das Erfurter Sozialforum mit der Ankündigung, wer den neoliberalen Umbau vorantreibe, müsse "mit massivem Widerstand rechnen". Zu einem der zahlreichen Podien des ersten Treffens dieser Art in Deutschland war auch die Schriftstellerin Daniela Dahn geladen. Auf ihrer Erklärung beruht der hier abgedruckte Artikel.

Es sind überaus erfreuliche Umstände, die uns vor überaus unerfreuliche Probleme stellen: Die Massenarbeitslosigkeit wird scheinbar deshalb ausgelöst, weil wir weniger schuften müssen, freizügiger reisen dürfen und länger leben können. In Wirklichkeit wird sie ausgelöst, weil wir unfähig sind, diese emanzipatorischen Errungenschaften in gesellschaftlichen Fortschritt, in Glück für alle zu verwandeln.

Als sich die Sozialdemokratie 1891 hier in Erfurt ihr Programm gab, leuchtete ein solcher Fortschritt als Fernziel durch. Und der einflussreiche Ökonom Keynes prophezeite schon vor 80 Jahren: Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen. Stattdessen befinden sich hierzulande mehr als sieben Millionen Menschen eben nicht in emanzipierter, sondern in trostloser Lage, sie haben gar keine Arbeit. Die Gesellschaft ist gespalten in anerkannte Leistungsträger und alimentierte Überflüssige. Die EU hat eine Armutsgrenze von 700 Euro Nettoeinkommen im Monat ermittelt - Hartz IV-Empfänger bekommen die Hälfte und bleiben auch mit Zuschüssen unter dem Existenzminimum. Es sind arme Menschen. Das Einzige, was bei den so genannten Reformen funktioniert, ist die Einschüchterung. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist eine dauerhafte, perfekte Repression, der Verlust der Arbeit schließlich eine Gewalterfahrung.

Das DIW hat vor wenigen Tagen eine Studie vorgestellt, die belegt, dass die Armut im Osten Deutschlands weiter gewachsen ist. (Im Westen ist sie konstant geblieben, was auch nicht tröstlich ist.) Das Durchschnittseinkommen ist auf den Stand von 1994 zurückgefallen und beträgt wieder nur 80 Prozent des Westniveaus. Zieht man die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt ab, beträgt es sogar nur 63 Prozent, was der niedrigste Wert seit dem Mauerfall ist. Aufhorchen lässt eine Nebenbemerkung des Institutes: Die gestiegene Ungleichheit sei nicht mehr mit dem bisherigen Umverteilungssystem über Steuern und Transfers korrigierbar. Der einzige Ausweg sei der Abbau der Arbeitslosigkeit.

Für diese epochale Aufgabe hat niemand Patentrezepte, zweifellos auch ich nicht. Was die etablierten Parteien als Therapie gegen Massenarbeitslosigkeit empfehlen, mutet allerdings an, als wolle eine Mücke einem sich im Fieberwahn wälzenden Elefanten kalte Wadenwickel machen. Seit 20 Jahren versagt diese Quacksalberei. Steuergeschenke an die Wirtschaft haben keine Arbeitsplätze gebracht, im Gegenteil: zwei Drittel der Gewinne werden in Rationalisierung, also in Arbeitsplatzabbau investiert.

Manche Politiker und Gewerkschafter, wie der Wirtschaftsminister oder der DGB-Vorsitzende, stellen sich gar ganz aus der Verantwortung, indem sie den Irrtum verbreiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen sei Sache der Unternehmen. Doch nach herrschender Gesetzeslage müssen und dürfen Konzerne und Betriebe gar nichts, außer rentabel sein. Bei Strafe der feindlichen Übernahme oder einfach der Insolvenz verbieten sich gemeinnützige Erwägungen. Als zweitgrößter Deutscher vereinnahmt, kann Marx ja kaum noch aufschrecken: "Die räuberischen Strukturgesetze des Kapitals lassen es räuberisch sein, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird."

Die zur Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen zu zwingende Gesellschaft besteht aus Parteien, Regierungen, Parlamentariern, Gewerkschaftern, Bürgerbewegungen. Es ist ihre Aufgabe, Verhältnisse zu schaffen, unter denen alle ein sinnvolles Dasein und ein sorgenfreies Auskommen haben. Deshalb sind unter den Wortführern beim ersten Sozialforum in Deutschland gute Namen wie attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung, GEW, IG Metall und ver.di - als größte Einzelgewerkschaft der Welt persönlich vertreten durch ihren engagierten Vorsitzenden Frank Bsirske. Und auch die neugierige Aufmerksamkeit für die als Gast geladene Linkspartei kann nicht überraschen. Es gibt Konstellationen, in denen die Gesellschaft aus der Opposition nachhaltiger verändert werden kann als aus der Regierung. Nur wenn der neoliberalen Einheitspartei im Parlament künftig hörbar widersprochen wird, können überholte Gewissheiten erschüttert werden.

Etwa der Aberglaube, wonach immer noch Wachstum der Garant für die benötigten Arbeitsplätze wäre. In Aufbauphasen mag die Konjunktur die Arbeitslosigkeit gemildert haben, abgeschafft werden konnte sie nie. Kein Ökonom vermag heute überzeugend vorherzusagen, wie viel Leistungssteigerung denn wie viel Arbeitsplätze bringen würde. Eine Schätzung geht davon aus, dass ein jährliches (und unerreichbares) Wachstum von drei Prozent 600.000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Angenommen dies sei real, dann bräuchten wir, um alle sieben Millionen Menschen ohne Arbeit zu beschäftigen, ein jährliches Wachstum von 35 Prozent. Wie würden wohl wir und die Natur danach aussehen? Wo doch schon bei drei Prozent Zuwachs die nächste Generation doppelt so viel konsumieren müsste, wie wir heute. Und die übernächste das Vierfache ... Wozu? Die sich beschleunigende Steigerung ist eine Existenzbedingung des Kapitalismus, nicht der in ihm lebenden Menschen. Sie werden dadurch immer wieder in Sinnkrisen gestürzt.

Seien wir doch ehrlich: die Massenarbeitslosigkeit lässt sich bei ungebremsster Ausdehnung der Profitmaximierung über den ganzen Globus, und unter beinahe ausschließlichem Privateigentum an Produktionsmitteln, nicht bekämpfen. Die systeminterne Logik ist offenbar ausgereizt. Daran wird auch eine Linke kurzfristig nichts grundlegend ändern. Nur wenn sie Mehrheiten dafür gewinnt, aus diesem Denkkäfig auszubrechen, könnte sie mittel- und langfristig neue einheimische, europäische und globale Spielregeln erlassen.

Arbeitslosigkeit ist die radikalste Form von Arbeitszeitverkürzung. Eine Nulllösung, die beweist, die Wirtschaft braucht Verkürzung, aber die Menschen brauchen sie nicht so. Die verbleibende Erwerbsarbeit muss gerechter verteilt werden. Ob es realistisch ist, drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu fordern, ist auch unter Gewerkschaftern umstritten. Da heute schon viele bereit sind, für weniger Geld länger zu arbeiten, wenn sie nur den Arbeitsplatz behalten, scheint es mir folgerichtig, dass sie unter dieser Bedingung auch nicht abgeneigt wären, erträgliche Geldeinbußen durch sehr viel weniger Arbeit auszugleichen.

Ergänzend dazu müsste ein neuer Typ von natur- und menschenzugewandter Arbeit mit einem

durch Steuergerechtigkeit finanzierten Bürgergehalt entgolten werden. Erst dieses unabhängig machende Grundeinkommen würde dazu berechtigen, von einem Bürgerstaat zu sprechen, in dem jeder in Würde leben kann.

Ein solcher Staat hätte eine weitere Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, wenn er nämlich selbst Unternehmer ist. Wenn er also aus der effektiven Verwaltung von partiellem Gemeineigentum Gewinne erzielt, die in jenes Bürgergehalt investiert werden können. Wer glaubt, dies seien unbelehrbare Rückgriffe in die planwirtschaftliche Mottenkiste sei versichert: Alle Wiederbelebungsversuche der "guten alten Zeiten" sind unrealistisch, dafür gibt es im Osten einen Erfahrungsvorsprung. Dieser besagt aber auch: Durch die schrankenlose Privatisierung fast aller öffentlichen Güter haben die Politiker sich selbst entmachtet. Wo kein Haben ist, da ist nach geltender Spielregel auch kein Sagen. Wer nur noch Schulden verwaltet, kann nicht gestalten.

In seiner Streitschrift Wozu noch Gewerkschaften betont Oskar Negt: "Wer nicht die Herrschaftsverhältnisse als Ganzes abschaffen will, wird sie auch in ihren Teilaspekten nicht überwinden können." Wer dieser Forderung Radikalität unterstellt, sei daran erinnert, dass zur Zeit nur eins radikal ist: das Kapital. Gebraucht wird eine gemischte Wirtschaftsordnung, in der die Fermente Markt und Plan optimal dosiert werden, in der die Bürger Mitsprache über Haushalte haben, weil der Anteil des Gemeineigentums erstmalig demokratisch kontrolliert wird. In der die Regierung wieder regiert. Denn wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine.

12.08.2005

Albrecht Müller

Was ist daran so schlimm?

ERWIDERUNG AUF EINEN TEXT VON DANIELA DAHN

Wachstum bleibt eine Schlüsselgröße im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Beim Sozialforum in Erfurt hat Daniela Dahn eine Rede gehalten. Der Freitag (s. Ausgabe 30/05) hat diese unter der Überschrift Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen abgedruckt. Die Autorin beklagt, seit 20 Jahren werde versucht, gegen die Arbeitslosigkeit anzugehen. Ohne Erfolg. Da hat Daniela Dahn Recht. Sie schließt aber aus dem Versagen der von den Neoliberalen angewandten "Quacksalberei", dass es prinzipiell nicht mehr möglich sei, mit Wachstum die benötigten Arbeitsplätze zu schaffen. Wir bräuchten ein jährliches Wachstum von 35 Prozent, um die sieben Millionen Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen, hat die Autorin ausgerechnet. Dass dies nicht erreichbar ist und auch nicht zu ertragen wäre, leuchtet ein.

Die Grundthese: Wachstum bringe nicht ausreichend Arbeitsplätze, wird in letzter Zeit auffällig viel vertreten - neben Daniela Dahn vor kurzem auch von Hermann Scheer, von Wolfgang Engler und so weiter. Die Kritik dieser Gruppe von Personen zielt nicht nur auf die neoliberale Strömung. Die Kritik trifft auch jene Gegner der neoliberalen Ideologie, die darauf pochen, dass endlich eine undogmatische antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben wird, was im konkreten Fall heißt: die Binnennachfrage zu stärken, die Konjunktur anzuschieben, so Arbeitsplätze zu schaffen und - als Ergebnis statistisch gemessen - höhere Wachstumsraten zu erreichen.

Was ist daran so schlimm? Es kommt darauf an, was wächst. Auch in unserer Gesellschaft gibt es noch vieles zu tun, das ökologisch und sozial eher förderlich als schädlich ist. Bei vielen Familien sehe ich noch echten Bedarf an Konsum und kann deshalb die bei Wachstumskritikern üblich

werdende Missachtung dieser Bedürfnisse nicht mitmachen.

Die Wachstumskritiker betreiben ungewollt das Geschäft der Neoliberalen, wenn sie behaupten, im herrschenden System könnten nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch die neoliberalen Meinungsführer wollen den Systemwechsel; sie nennen das Strukturreformen. Sie argumentieren auch ähnlich: Die Behauptungen, wir stünden vor gänzlich neuen Herausforderungen, die Welt sei heute so viel anders als in den Siebzigern, da die Ankurbelung der Binnenkonjunktur und damit das Keynes'sche Instrumentarium noch funktionierte, sind bei Wachstumskritikern und neoliberalen Ideologen in gleicher Weise in Mode.

Man muss so leider feststellen, dass die Gegner der neoliberalen Ideologie in dieser Frage gespalten sind. Das ist fatal, leitet dieser Streit doch Wasser auf die Mühlen der Neoliberalen. Sie freuen sich angesichts der blamablen Erfolglosigkeit ihrer Reformen über jede und jeden, die feststellen, Vollbeschäftigung sei ohnehin nicht zu erreichen.

Dies alles müsste man hinnehmen, wenn die Argumentation Daniela Dahns und ihrer Mitstreiter sachlich gerechtfertigt wäre. Das trifft aber nicht zu: Dass die deutsche Wirtschaftspolitik in der vergangenen 25 Jahren beim Abbau der Arbeitslosigkeit nicht erfolgreich war, hängt damit zusammen, dass bei uns nahezu durchgehend die falsche beziehungsweise keine die Nachfrage optimal steuernde Politik betrieben worden ist. Es gab in diesem Zeitraum eine kleine Ausnahme: zwischen 1988 und 1991 sind reale Wachstumsraten von 3,7 Prozent, 3,9 und 5,7 sowie noch einmal 5,1 Prozent erreicht worden. Gleichzeitig konnte die Arbeitslosigkeit von 6,2 auf 4,2 Prozent abgebaut werden. 1992 wurde dann dieser viel zu kurze Boom von der Zins- und Geldpolitik der Bundesbank abgewürgt. Sie erhöhte den Diskontsatz von 2,9 auf 8,75 Prozent - die reale Wachstumsrate pendelt seitdem um 1,3 Prozent. Damit entstehen keine neuen Arbeitsplätze. Aber das liegt nicht am System, sondern an der falschen Politik.

In anderen Ländern war man klüger: in Schweden, in Österreich, den Niederlanden, in den USA und anderswo. Großbritannien ist ein markantes Beispiel für eine intelligente antizyklische Makropolitik. 1990 kam es dort zu einer schweren Rezession mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von sieben auf zehn Prozent. Die für die Geld- und Finanzpolitik Verantwortlichen gingen daraufhin auf antizyklischen Kurs, die Zinsen wurden gesenkt, die britische Regierung akzeptierte hohe Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten, die 1993 fast bei acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes lagen. Auch der private Konsum und die Investitionen stiegen. Schon 1994 erreichte das Land ein reales Wachstum von 4,7 Prozent, im Jahresdurchschnitt von 1992 bis 2003 immerhin noch einen Durchschnitt von 2,8. Die Arbeitslosigkeit sank in der gleichen Zeit von 9,9 auf 5,1 Prozent (s. Wochenbericht DIW Nr. 13-14/2003). Wie man angesichts solcher Zahlen annehmen kann, Wachstum sei keine Schlüsselgröße mehr im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, bleibt mir schleierhaft.

Eine wichtige Frage wäre noch zu stellen: Sind die von den Wachstumskritikern propagierten Rezepte besser geeignet, den Arbeitslosen in absehbarer Zeit zu helfen, als die Vorschläge jener Gruppe von Ökonomen, die für eine undogmatische antizyklische Politik eintreten? Die Umsetzung dieser in anderen Ländern erprobten Konzeption scheint mir jedenfalls leichter und wahrscheinlicher als die Einführung des Drei-Stunden-Tages und eines Bürgergehalts. Mit wem wollen die Wachstumskritiker ihre Vorschläge denn umsetzen? Sie wecken bei den betroffenen Arbeitslosen Hoffnungen, die sie nie und auch nicht annäherungsweise werden erfüllen können. Eine Vision, die so bodenlos ist, nenne ich eine unfreundliche Irreführung der Betroffenen - im

konkreten Fall auch des Sozialforums in Erfurt.

Albrecht Müllers Buch Die Reformlüge erscheint in diesen Tagen aktualisiert als Taschenbuch bei Knauer.

26.08.2005

Friedrich Kiss

Dissens im Denkkäfig

DEBATTE

Daniela Dahn, Albrecht Müller und das Wachstum (I)

Wachstum oder Umverteilung - diese beiden Leitideen scheiden die Geister. Muss man für mehr Investitionen und mehr Konsum sorgen, wenn Arbeitsplätze und Teilhabechancen entstehen sollen? Ist Wachstum das unverzichtbare Fundament für eine gerechtere Gesellschaft? Entschieden verneint Daniela Dahn diese Fragen und verlangt eine umfassende Reform des Erwerbslebens: "Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen" (siehe Freitag 30 vom 29.07). Ebenso entschieden widerspricht Albrecht Müller und hält den Verzicht auf eine Wachstumsstrategie für eine große Illusion (siehe Freitag 32 vom 12.08.). Mit einem doppelten Einspruch gegen Albrecht Müller setzen wir die Diskussion fort.

Albrecht Müller begreift die Systemkritik von Daniela Dahn nicht. Er ärgert sich, dass sie den Glauben an das wirtschaftliche Wachstum als Aberglauben entlarvt. Er ärgert sich, dass sie die von ihm propagierte antizyklische Wirtschaftspolitik - Binnennachfrage erhöhen und dadurch Arbeitsplätze schaffen - nicht so richtig Ernst nimmt. Und er sieht Daniela Dahn - und mit ihr die Wachstumskritiker überhaupt - de facto im Bündnis mit jenen, denen die Arbeitslosigkeit gerade Recht ist, um Löhne zu drücken und Arbeitnehmerrechte zu kassieren. Seine Schreibe sprüht vor Zorn.

Lieber Albrecht Müller, vielleicht würde der antizyklische Kurs ja wirklich helfen, vielleicht könnte er einige Zigtausend Arbeitsplätze für einige Zeit schaffen. Aber nicht hier, sondern im Denkkäfig liegt der Dissens. Daniela Dahn will nicht in dem ideologischen Gefängnis leben, in dem die demokratisch gewählte Exekutive nur der Sklave ist, während die Herren des Geldes die reale Macht ausüben. Alle Gewalt geht vom Volke aus - sagt unsere Verfassung. Alle Gewalt geht von den ökonomischen Mächten aus - lernen wir im kapitalistischen Denkkäfig. Daniela Dahn will Menschenwürde für alle. Sie will Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle.

Arbeitslosigkeit nur zu bekämpfen durch Anreize für die Konjunktur und dann Daumen drücken in der Hoffnung, dass der kapitalistische Lindwurm sich der kleinen Leute wieder annimmt, die er aus dem Produktionsprozess hinausgeworfen hatte - das reicht ihr nicht. Sie will, dass die gewählte Regierung die Wirtschaft im Interesse eines menschenwürdigen gesellschaftlichen Zusammenlebens kontrolliert und nicht umgekehrt. Albrecht Müller will die Wirtschaft ankurbeln, im Interesse der Arbeitslosen. Aber die Wirtschaft macht, was sie will, in ihrem Profitinteresse. Also müssen wir dem Profitinteresse die richtige Stimulanz geben, und sie wird hoch laufen, und es wird etwas abfallen für die Arbeitslosen, für einige, vielleicht für viele - sagt Albrecht Müller. Er ist gelernter Nationalökonom. Und irgendwie denken wir alle so, mehr oder minder. Wir sagen Demokratie und akzeptieren dann doch die Übermacht des Geldes als selbstverständliche Realität. Wir sagen Menschenwürde und gleiche Rechte für alle und akzeptieren es dann doch wie eine höhere Gewalt,

dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden.

Gefangen im Denkkäfig der kapitalistischen Ideologie, verspielen wir die Demokratie, bevor sie richtig angefangen hat. Die absurde Formel vom immerwährenden Wachstum ist einer der Bausteine dieser Ideologie. Wir sollen dieser Formel bedingungslos glauben und also die Konjunktur füttern durch Konsum und auf Dauer noch mehr Konsum und Konsum im Quadrat. Damit helfen wir den Herren der liberalen Wirtschaft, Profite zu machen. Und deren Profite helfen dann uns und aller Welt, noch mehr zu konsumieren. Und das hilft ihnen wieder, noch mehr Profite zu machen. Was daran eigentlich so schlimm ist, will Albrecht Müller wissen. Schlimm ist, dass wir die humane Idee der sozialen Demokratie einer solchen Schimäre opfern sollen.

26.08.2005

Klaus Blessing

DEBATTE

Daniela Dahn, Albrecht Müller und das Wachstum (II)

Albrecht Müller entlarvt "Reformlügen" gern und berechtigter Weise an Hand von Fakten. Seine Behauptung, dass Wachstum die Schlüsselgröße im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei, kann jedoch durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik keinesfalls bestätigt werden. Albrecht Müller argumentiert einseitig, vorrangig fiskalisch und lässt die entscheidende volkswirtschaftliche Größe, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, weg. Auf eindrucksvolle Weise zeigt sich in Deutschland, dass - von wenigen Ausnahmejahren abgesehen - die Arbeitsproduktivität schneller gewachsen ist als das Bruttoinlandsprodukt. Mit anderen Worten: Das zur Herstellung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes notwendige Arbeitsvolumen ist gesunken, nicht nur relativ, sondern absolut. Wir produzieren heute trotz des durch die Wiedervereinigung erweiterten Wirtschaftsraums ein Mehrfaches an Gütern und Dienstleistungen mit absolut weniger Arbeitsaufwand als im Jahre 1960.

Die entscheidende Ursache ist bekanntlich eine gewaltige Produktivitätssteigerung. Das ist eine gesellschaftlich notwendige und wünschenswerte Entwicklung, mehrt sie doch den nationalen Reichtum. Nur: Das kapitalistische Gesellschaftssystem ist nicht in der Lage, alle Menschen an dieser positiven Entwicklung teilhaben zu lassen. Dass die Produktivitätsschübe nicht zu einer noch höheren Arbeitslosigkeit geführt haben, liegt vorrangig daran, dass eine spürbare Senkung der Arbeitszeit je Beschäftigten erkämpft werden konnte. Niemand wird Albrecht Müller widersprechen, wenn er behauptet, es gäbe noch viel zu tun. Gesundheit, Bildung, soziale Dienste - hier könnten Hunderttausende Jobs entstehen. Aber selbst wenn der vorhandene Bedarf besser befriedigt werden würde, ändert das nichts an der Tatsache, dass auch künftig die Produktivität in der Wirtschaft insgesamt weiter voranschreiten und Arbeitsplätze vernichten wird.

Deshalb muss die Frage erlaubt sein: Warum soll in der Bundesrepublik, einem der reichsten Länder der Welt mit einem Bruttosozialprodukt von 23.000 Dollar pro Kopf und Jahr, die Wirtschaft immer noch weiter wachsen, wenn die Mehrheit der Menschheit mit 1.000 Dollar leben muss? Entwickelte Industrieländer brauchen kein globales Wirtschaftswachstum, sondern eine bessere Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse und eine dem wirklichen Bedarf der Menschen entsprechende Palette der Produkte und Leistungen.

Auch die immer wieder beschworene Abhängigkeit der Steuereinnahmen und Sozialabgaben vom Wirtschaftswachstum ist ein hausgemachtes Märchen. In Zeiten höchster Freisetzung von Arbeit ist

es überlebensnotwendig, Steuern und Abgaben von Arbeit und Konsum zu entkoppeln und an den Verbrauch von Ressourcen und an Erträge zu binden. Arbeitslosigkeit sollte vorrangig bekämpft werden durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit und Stärkung der Kaufkraft in den unteren Schichten der Bevölkerung. Mit seiner Auffassung vom ständigen Wirtschaftswachstum erreicht Albrecht Müller genau das, was er Daniela Dahn vorwirft: Er "weckt bei den betroffenen Arbeitslosen Hoffnungen", die er "nie und auch nicht annäherungsweise erfüllen" kann.

Weitere und ausführliche Argumente in dem Buch von Klaus Blessing: Ist Sozialistischer Kapitalismus möglich? - Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen, edition ost